

Economiesuisse

Für Innovation und Unternehmergeist

Economiesuisse stellt für das laufende Jahr klare wirtschaftspolitische Forderungen – im Rahmen eines Programms mit sechs Schwerpunkten. Vehement bekämpft der Dachverband der Wirtschaft die Initiativen für sechs Wochen Ferien und «Staatsverträge vors Volk». Einsetzen will er sich hingegen für den Innovations- und Forschungsstandort Schweiz sowie die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank, die nicht verpolitisiert werden dürfe.



Bild: ZVG/ABB

Die Schweizer Industrie (im Bild ein Produktionsbereich von ABB) ist auf Forschung und Innovationsfähigkeit angewiesen.

Die Schweizer Wirtschaft wird im laufenden Jahr auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Der starke Franken, gepaart mit der Verschuldungskrise und einer schwächelnden Weltkonjunktur, bremst die Wachstumsdynamik und gefährdet Arbeitsplätze. Aber auch an der politischen Front mangelt es nicht an Herausforderungen, wie Gerold Bührer, Präsident von Economiesuisse, im Rahmen der Jahresmedienkonferenz erklärte. «Die AUNS-Initiative «Staatsverträge vors Volk» schwächt unseren aussenpolitischen Handlungsspielraum und muss im ureigenen nationalen Interesse abgelehnt werden.»

Economiesuisse wird diese Initiative ebenso aktiv bekämpfen wie jene von Travail Suisse, die allen Schweizer Arbeitnehmenden sechs Wochen Ferien zugestehen will. Gerade in stürmischen Zeiten könnten sich viele Unternehmen

diese zusätzliche finanzielle Belastung gar nicht leisten, erläuterte Bührer. Die Initiative gefährde vor allem Arbeitsplätze.

Sechs Schwerpunkte bei der Wirtschaftspolitik

Mit Blick auf die neue Legislatur will der Dachverband der Wirtschaft gemäss Präsident Bührer sechs wirtschaftspolitische Schwerpunkte setzen. Dabei stellt Economiesuisse folgende Forderungen in den Mittelpunkt:

■ Geldpolitik

Die bewährte Unabhängigkeit der Nationalbank muss gerade angesichts des stürmischen Umfelds unangetastet bleiben. Es darf unter keinen Umständen zugelassen werden, dass die Nationalbank als Folge der jüngsten Vorkommnisse verpolitisiert und in

ihrem Auftrag eingeeengt wird. Geldpolitisch ist die Verfolgung der Wechselkurs-Untergrenze unbedingt weiterzuführen.

■ Aussenwirtschaftspolitik

Zur besseren Erschliessung neuer Märkte muss die Schweiz ihr Netz von Freihandelsabkommen noch dichter knüpfen. Gefährlich wäre eine Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Dies würde die bilateralen Verträge mit der EU gefährden und ist auf alle Fälle zu vermeiden.

■ Finanz- und Steuerpolitik

Nachdem sich die Schuldenbremse bei den Bundesfinanzen bewährt hat, braucht es ein vergleichbares Instrument auch für die Sozialversicherungen. Eine wichtige Massnahme zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts ist zudem die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III.

■ **Energie-, Umwelt- und Infrastrukturpolitik**

Für die angestrebte Energiewende müssen Leitplanken gesetzt werden, um die Machbarkeit sicherzustellen. Aus Sicht der Wirtschaft stehen dabei die Versorgungssicherheit, konkurrenzfähige Preise und Umweltfreundlichkeit im Vordergrund. Die Verkehrsinfrastruktur muss gezielt ausgebaut und verursachergerecht finanziert werden.

■ **Bildung und Forschung**

Die Förderung der Innovation und insbesondere der technischen Fachbereiche (MINT) ist mit Blick auf den globalen Wettbewerb besonders wichtig. Im Bundesbudget müssen Ausgaben für Bildung und Forschung in den kommenden Jahren Priorität geniessen.

■ **Regulierung**

Bei der Ausgestaltung der Regulierung ist vermehrt der Wettbewerbsfähigkeit Rechnung zu tragen. Der «Swissness»-Schutz muss unbürokratisch umgesetzt werden. Die Volksinitiative für sechs Wochen Ferien ist im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitsplätze abzulehnen. Beim Gegenvorschlag zur «Initiative gegen die Abzockerei» sind die Aktionärsrechte zu stärken, doch muss auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz gewahrt bleiben.

Bilaterale nicht aufs Spiel setzen

Klar entgegenzutreten will Economiesuisse auch allen Initiativen, welche die Zuwanderung massiv einschränken oder sogar ganz verbieten wollen. Die Schweiz



Klare Forderungen: Gerold Bühler, Präsident von Economiesuisse.

habe von der Personenfreizügigkeit mit der EU in den vergangenen Jahren stark profitiert, bekräftigte die Verbandsspitze. Economiesuisse bestreite nicht, dass die vermehrte Zuwanderung auch negative Begleiterscheinungen zeitige. Diese seien aber gezielt anzugehen – und es sei nicht im Interesse der Schweiz und der Wirtschaft, mit einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens die gesamten bilateralen Verträge mit der EU fahrlässig aufs Spiel zu setzen.

Mit Innovationen den Produktionsstandort stärken

Nebst der Bekämpfung von wirtschaftsfeindlichen Vorstössen setzt sich Economiesuisse im neuen Jahr verstärkt für den Innovations- und Forschungsplatz Schweiz ein. Die Schweiz gehört heute zu den innovativsten Ländern der Welt. Diese Position gilt es aus Sicht von Christoph Mäder, Vizepräsident von Economiesuisse und Präsident des Wirtschaftsverbands Scienceindustries, unbedingt mit hervorragenden Rahmenbedingun-

gen zu verteidigen und – wo möglich – weiter auszubauen.

Die Zusammenarbeit und Vernetzung der Hochschulen und der Industrie könne weiter verbessert und die Zulassung innovativer Produkte beschleunigt werden, erklärte Mäder. Ausserdem gelte es, durch die Vermeidung von weiteren Belastungen für die Unternehmen die schleichende Abwanderung produzierender Betriebe zu verhindern – denn Produktion und innovative Prozesse seien eng miteinander verzahnt und aufeinander angewiesen.

Gefahr von Etatismus und Protektionismus

Direktor Pascal Gentinetta unterstrich in seinem Referat zur Bedeutung des Unternehmertums, «dass der Erfolg der Schweizer Wirtschaft im Wesentlichen auf die Innovationskraft der Unternehmer zurückzuführen ist, und nicht etwa auf eine staatlich verordnete Industriepolitik». Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei die Gefahr von Etatismus und Protektionismus aber allgegenwärtig.

Für Economiesuisse seien Unternehmertum und Innovation die tauglichsten Rezepte, um die Krise bewältigen zu können, betonte der Direktor. Das Verständnis für unternehmerische Innovation sei auch eine zentrale Voraussetzung, damit für die Unternehmen gute Rahmenbedingungen geschaffen würden. Gentinetta kündigte schliesslich an, dass Economiesuisse bald eine Innovationsstudie veröffentlichen werde, welche die Erfolgsfaktoren für das Unternehmertum und die Innovation in unserem Land aufzeige. ■ (Pfi.)

diga **KMU**
möbel **Bürolösungen.**

Vom einfachen Schreibtisch bis zur massgeschneiderten Bürolandschaft. Wir planen Ihr Büro genau nach Ihren Bedürfnissen.

Und das Beste: Dank attraktiven Gewerbekonditionen erhalten Sie hochwertige Qualitätsbüros zu den garantiert tiefsten Preisen am Markt.

1023 Crissier/Lausanne	1700 Fribourg/Nord	4133 Pratteln/BL
8953 Dietikon/Zürich	8854 Galgenen/SZ	9532 Rickenbach/Wil
8600 Dübendorf/Zürich	4614 Hägendorf/Olten	
6032 Emmen/Luzern	3421 Lyssach/Bern	Neu

I d' d'iga muesch higa!

www.diga.ch

Nutzen Sie unser Sofort-Lieferprogramm!